

Liebe Gemeinde,

der Schöpfungsbericht enthält die bekannte Weisung „Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan und herrschet über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über das Vieh und über alles Getier, das auf Erden kriecht“ (1. Mose 1,28).

Allzu oft wurde diese Passage als Beleg dafür angesehen, dass das Christentum mit einer Plünderung irdischer Ressourcen vereinbar sei oder gar einen rücksichtslosen Umgang mit Naturgütern zur Maxime einer gedeihlichen Entwicklung der Menschheit erheben würde. Insbesondere die Formulierungen „mehret euch“ und „füllet die Erde“ werden zuweilen als Bejahung einer unbegrenzten Bevölkerungsexpansion gedeutet. Und Formulierungen, wie die Erde „untertan“ zu machen und sie zu „beherrschen“, werden analog als Freibrief für die Ausbeutung der Ökosphäre gedeutet.

Vieles spricht jedoch gegen eine derart naive Interpretation. Zunächst sollte der zeitgeschichtliche und inhaltliche Kontext beachtet werden, in dem dieser Auftrag Gottes und seine Formulierung stehen könnten. Nicht allein der Umstand, dass an vielen Stellen des Testaments die Schöpfung Gottes gepriesen und deren Wahrung nahegelegt wird, dürfte einer Rechtfertigung der Plünderung oder Schädigung unserer Umwelt widersprechen, sondern auch folgende Überlegung: Wäre es verständlich, in einem aufwändigen Schöpfungsakt ein irdisches Paradies zu erschaffen, um es sodann durch Übervölkerung und Ressourcenplünderung seinem Niedergang preiszugeben? Wohl kaum.

Plausibel erscheint vielmehr, dass es aus der Perspektive einer just vollendeten Schöpfung einerseits keinen Sinn ergäbe, Menschen von dieser Schöpfung fernzuhalten. Gerade weil Gott die Schöpfung den Menschen zugedacht hat, wäre eine menschenleere Schöpfung gleichbedeutend mit ihrer Nicht-Existenz. Wer sonst sollte sie erkennen, sie als Gottes Werk preisen und in ihr leben, wenn nicht die Menschen? Andererseits würde eine Zerstörung sowohl der Schöpfung als auch der darin lebenden Menschheit, etwa durch Überbevölkerung, dem Auftrag Gottes jede Grundlage entziehen. Daraus ergibt sich, dass die Formulierung „mehret euch“ und „füllet die Erde“ den Auftrag an die Menschen symbolisiert, ein gedeihliches Maß zu finden, also abzuwägen, statt blindlings einem einseitigen Wachstumsprinzip zu folgen. Somit hat Gott uns nicht nur die Schöpfung übergeben, sondern auch die Verantwortung dafür, sie so behutsam, also maßvoll zu nutzen, dass ihre immerwährende Existenz und damit die Lebensgrundlage der Menschheit nicht in Frage steht. Die Bejahung einer menschenwürdigen Existenz setzt deshalb immer auch die Befähigung zur Selbstbegrenzung voraus. Sich selbst begrenzen zu

können, ist ein Akt der Freiheit und der Vernunftbegabung und nicht etwa der Unterjochung.

Gottes Herrschaftsauftrag lässt auch unter einem anderen Aspekt erkennen, warum Bevölkerungsentwicklung und Naturnutzung eine Frage des Maßes sind. Liegt es nicht in der Logik eines Auftrags, dass der darin enthaltene Handlungsimperativ nur solange Geltung beanspruchen kann, bis der Auftrag schließlich erfüllt ist? Ein Blick auf die aktuelle Situation des Planeten zeigt, dass wir den Auftrag, ihn durch Vermehrung zu „füllen“ und uns seine Natur „untertan“ zu machen, nicht etwa längst erfüllt, sondern deutlich übererfüllt haben. Folglich wäre die Wahrung der Schöpfung durch eine Abkehr vom Wachstumsdrang notwendig, gerade um Gottes Auftrag weiterhin gerecht zu werden.

Auch der folgende Gedankengang widersetzt sich der Deutung, dass ungebremstes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum mit dem Schöpfungsauftrag in Einklang zu bringen sind. Die überlieferten Begriffe, sich etwas „untertan“ zu machen oder zu „beherrschen“ scheinen auf das Recht eines einseitigen Machtgebrauchs zu verweisen. Kein Wunder, dass antiautoritär und demokratisch geprägte Zeitgenossen eine fast natürliche Abneigung gegen einen derartigen Herrschaftsanspruch hegen, zumal dieser auf Willkür schließen lassen könnte. Aber die Beziehung zwischen Herrschaft, Willkür, Macht und Missbrauch ist keineswegs simpel, sondern wirft drei eng verbundene Fragen auf: Kann die fragliche Herrschaft legitim sein? An welche Regeln und Pflichten ist die Herrschaft gebunden? Und schließlich, wie einseitig ist die Beziehung zwischen beherrschender Instanz und jenen, die der Herrschaft unterworfen sind? Im Gegensatz zur einseitigen Machtausübung verlangt Herrschaft nach einer Legitimation. Diese würde sich gerade daraus speisen, dass sie daran gekoppelt ist, für das, was beherrscht wird, Verantwortung übernehmen, es schützen und bewahren zu müssen.

Deshalb steht der Auftrag, „herrschet über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über das Vieh und über alles Getier, das auf Erden kriecht“ nicht im Widerspruch zur Pflicht, die Schöpfung zu wahren – im Gegenteil: Dieser Herrschaftsauftrag lässt sich als treuhänderische, also hütende Aufgabe deuten. Wenngleich sich damit die Wahrung der Schöpfung als menschliche Pflicht erkennen und akzeptieren lässt, ist beileibe noch nicht geklärt, wie dieser Pflicht nachkommen können. Genau damit befasst sich die Nachhaltigkeitsforschung, die sich derzeit an einem Wendepunkt befindet. Zwei konträre Nachhaltigkeitsauffassungen stehen einander gegenüber. Zum einen wird der Standpunkt vertreten, dass eine nachhaltige Entwicklung den Menschen, aus denen seit Eintritt ins technisierte Industriezeitalter längst Konsumenten geworden sind, kein Verzicht zugemutet werden darf, sondern die Wahrung der Schöpfung

stattdessen durch technischen Fortschritt zu gewährleisten sei. Ein gutes Beispiel für diese Logik bildet die deutsche Energiewende. Dieses Projekt einer ökologischen Modernisierung delegiert jegliche Verantwortung für die Schöpfung an Windkraftträger, Photovoltaik- und Biogasanlagen oder sonstige Innovationen, denen zugetraut wird, unser ohne Wirtschaftswachstum nicht zu stabilisierendes Wohlstandsmodell von ökologischen Schäden zu entkoppeln und zugleich unser Gewissen reinzuwaschen.

Würden wir nun dieses Konzept eines sog. „grünen Wachstums“ anhand des Schöpfungsauftrags deuten, käme heraus, dass hier eine doppelte Verletzung menschlicher Pflichten vorliegt: Erst hat eine Welle des technischen Fortschritts die Menschheit überhaupt dazu befähigt, innerhalb kürzester Zeit die Ökosphäre so wirkmächtig zu plündern, dass die Wahrung der Schöpfung geradezu ins Gegenteil verkehrt wurde – natürlich um der Maximierung materiellen Wohlergehens willen. Nun wird in einem zweiten Schritt versucht, durch weiteren Fortschritt zu heilen, was vorangegangener Fortschritt an Schäden verursacht hat, so als ließe sich Feuer mit Benzin löschen.

Wir haben uns durch eine Verzahnung von Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt in doppelter Hinsicht vom Schöpfungsauftrag entfremdet. Erst entwickelten wir eine Megamaschine der Plünderung, die unsere unbändig wachsenden Ansprüche in eine donnernde Symphonie der Naturzerstörung übersetzt. Und nun glauben wir, eine weitere Megamaschine entwerfen zu können, die stellvertretend für uns die Verantwortung gegenüber der Schöpfung wahrnimmt, damit wir unsere Ansprüche nicht mäßigen müssen. Da diese verführerische Strategie allerdings längst gescheitert ist, bleibt logischerweise nur die Reduktion unserer Begehrlichkeiten als letzter Ausweg. Reduktion lässt sich indes weder an Maschinen, noch politische Instanzen delegieren, sondern verweist auf uns selbst.

Die alternative, nämlich wachstumskritische Nachhaltigkeitsposition fragt deshalb nicht nach der richtigen Technologie, sondern nach dem verantwortbaren Maß unserer Ansprüche: Was darf sich ein einzelner Mensch an materialisierten Freiheiten in Form von Mobilität, Konsum, digitaler oder sonstiger industriefertiger Bequemlichkeit aneignen, ohne angesichts einer endlichen Schöpfung über seine ökologischen und damit sozialen Verhältnisse zu leben? Die Endlichkeit irdischer Ressourcen und ökologischer Kapazitäten schafft eine unsichtbare Verbindung zwischen allen derzeit lebenden Menschen. Gandhi sagte einmal: Es ist genug da für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht jedermanns Gier. Allein um das Zwei-Grad-Klimaschutz-Ziel zu erreichen, müssten wir den jährlichen Pro-Kopf-CO₂-Output in Deutschland um mehr als drei Viertel senken.

Die wohlhabenden Mehrheiten in modernen Konsumdemokratien scheinen momentan kaum fähig zu sein, die hierzu nötige Abrüstung liebgehabter Wohlstandssymbole zu ertragen. Folglich wählen sie auch keine Politik, die sie dazu durch entsprechende Maßnahmen veranlassen könnte. Deshalb liegt die Prognose nahe, dass zukünftig kaum mehr abwendbare Krisen zum Schrittmacher einer reduktiven Anpassung unserer Lebensstile werden.

Werfen wir einen Blick in die wahrscheinlichste aller möglichen Zukünfte, also die Zeit nach dem Kollaps... wir schreiben das Jahr 2050. Verheerende Finanzzusammenbrüche, ein Rohölpreis von mindestens 250 Dollar pro Barrel, die Coltan- und Phosphor-Krise, extreme Flächenknappheit, spürbare Auswirkungen des Klimawandels, das Bienensterben, Nahrungsengpässe, immense Migrationsströme usw. haben weite Teile der globalen Mobilität und Fremdversorgung zusammenbrechen lassen. Um dennoch politische und soziale Stabilität zu wahren, musste die verbliebene Erwerbsarbeit so umverteilt werden, dass eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 20 Stunden längst als normal empfunden wird. Weiterhin vollzog sich ein Strukturwandel hin zu kürzeren Versorgungsketten und geringeren Spezialisierungsgraden. Lokal- und regionalwirtschaftliche, vor allem arbeitsintensivere Herstellungsprozesse, haben ebenfalls dazu beigetragen, die negativen Wirkungen des Kollapses zu dämpfen.

Parallel zum Niedergang globalisierter Strukturen sind neue Regionalwährungen und Genossenschaften entstanden. So ließen sich Wertschöpfungsbeziehungen demokratischer gestalten, was unter anderem eine weniger zins- und renditeträchtige Kapitalbeschaffung der Unternehmen ermöglicht hat. Dies trug zur Dämpfung struktureller Wachstumszwänge bei. Innerhalb des gründlich verkleinerten und umgestalteten Industriekomplexes spielt die Neuproduktion von Gütern, welche im Übrigen fern jeglicher (geplanten) Obsoleszenz nunmehr reparaturfreundlich entworfen sind, nur noch eine untergeordnete Rolle. Fokussiert wird der Erhalt, die Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa mittels Konversion, Optimierung, professioneller Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung.

Aus Konsumenten sind sog. „Prosumenten“ geworden, die sich durch Suffizienz- und Subsistenzpraktiken zunehmend aus der Abhängigkeit von industrieller Fremdversorgung befreit haben. Sie nutzen die infolge des allmählichen Übergangs zur 20-Stundenwoche freigestellte Zeit, um selbst zu produzieren. Dazu eigneten sie sich manuelle Fertigkeiten an. Gemeinschaftsgärten, offene Werkstätten, Reparatur-Cafés, künstlerische Aktivitäten usw. füllen jene Räume aus, die das kollabierende System als Brache hinterlassen hat. Prosumenten arrangieren sich mit einem Bruchteil

des vorherigen Industrieoutputs, indem sie dessen Nutzungsdauer durch handwerkliche Reparaturleistungen eigenständig oder in Netzwerken der gegenseitigen Hilfe verlängern. Auch vielfältige Formen der Gemeinschaftsnutzung dienen dazu, mit weniger Produktion auszukommen. Die Landschaften haben sich verändert. Auf nicht mehr benötigten Flughäfen und Autobahnen befinden sich Windkraft- und Solaranlagen, um den minimierten Rest an Energienachfrage ohne weitere Natur- und Landschaftszerstörung zu befriedigen.

Das Leben in einer derartigen sog. „Postwachstumsökonomie“ ist von Sesshaftigkeit und materieller Genügsamkeit geprägt, aber sehr entspannt. Die Schöpfung auf diese Weise zu wahren wäre kein Unterfangen des zusätzlichen Bewirkens, sondern des kreativen Unterlassens. Die Kunst der Reduktion und teilweisen Selbstversorgung wäre demnach nichts anderes als ein Übungsprogramm. Natürlich könnte damit bereits jetzt begonnen werden, aber das sollten bitte nicht zu viele tun, denn dann würde der Kollaps am Ende noch verhindert. Das wäre viel zu radikal. Amen.